

Blick über die Grenzen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **47 (1972)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Österreichs Armee-Reform-Tragödie

Von Herbert Eisenreich, Wien

Zum Abschluss des österreichischen Staatsvertrages war die Sowjetunion erst bereit, als Österreich sich 1955 verpflichtete, «immerwährend», wie es im Moskauer Memorandum heisst, «eine Neutralität der Art zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird». Diese Verpflichtung erfolgte dann auch in der Form eines Verfassungsgesetzes mit der unzweideutigen Formulierung, dass Österreich seine immerwährende Neutralität «mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen» wird.

Der Aufbau einer Verteidigungsstreitmacht begann 1955 unter Verwendung der rund 7500 Mann starken B-Gendarmerie, einer kasernierten paramilitärischen Organisation, die das Stammpersonal des neuen Bundesheeres stellte. Die Soll-Gliederung zeigte anfangs 8 teilmotorisierte Infanteriebrigaden und 3 Panzerregimenter, ab 1960 7 Infanterie- und 2 Panzerbrigaden.

Wenn die Sozialisten jetzt behaupten, dieses Heer sei von allem Anfang an völlig verfehlt organisiert und nur mit schrottreifem Material ausgerüstet worden, dann ist das eine absurde Verfälschung der Tatsachen. Organisatorisch wurde das Bundesheer nämlich nach jenen aus Technik und Taktik gewonnenen Prinzipien aufgebaut, die damals von Amerika bis Russland und von Schweden bis Jugoslawien eine geradezu dogmatische Gültigkeit besaßen: Vollmotorisierung und Teilmechanisierung mit der allgemeinen Tendenz, von der Volksbewaffnung weg zu einer Art «Ritterheer» hochtechnisierter und vielfältig spezialisierter Kriegsmaschinen, bei logistischer Selbständigkeit der Bataillone und operativer Selbständigkeit der Brigaden. Und Waffen wie der russische T-34/85, das deutsche Mg-42 oder die amerikanischen Feld- und Panzerhaubitzen gehörten damals — und gehören teilweise sogar noch heute — zur Standardausrüstung sehr vieler, auch grosser Armeen. Den Keim allen späteren Übels haben die jetzt so selbstgefälligen Sozialisten seinerzeit selbst gelegt, als sie gegen die bürgerliche Mehrheit einen Grundwehrdienst von nur 8½ Monaten durchsetzten und — dies in herzlichem Einvernehmen mit der Volkspartei — dem Heer jene drei Dinge verweigerten, deren es nach Montecuccoli am dringendsten bedarf: «Erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld.»

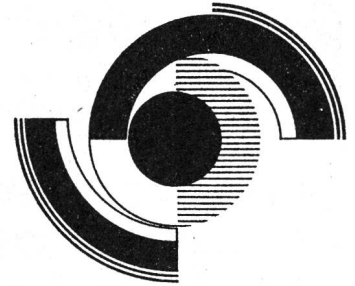
Infolge der grotesken Unterdotierung und der grotesk kurzen Dienstzeit konnte der geplante Rahmen nie ausgefüllt werden, und die Verbände waren nur zeitweise — und auch dann nur bedingt — einsatzbereit. Deshalb erfolgte 1962/63 eine Umgliederung, und zwar dergestalt, dass nunmehr 7 Brigaden mit ihrer Masse ständig einsatzbereit waren, während eigens dafür geschaffene Truppenteile die Ausbildung

besorgten. Das hatte freilich die negative Folge, dass der Rekrut von seiner Ausbildungseinheit in die Einsatztruppe hinüberwechseln musste und sich in der kurzen Gesamtdienstzeit natürlich weder da noch dort richtig eingewöhnen konnte. Infolge der finanziellen Notlage wurden die sowieso nie voll kampfkraftigen Brigaden im Jahre 1968 in ihrem personellen und materiellen Ist-Stand um jeweils etwa ein Drittel verkleinert, so dass sie dann nurmehr gemischte Regimenter, in jüngster Zeit sogar oft sogar bloss noch verstärkte Bataillone waren. Modernes Material wie die amerikanische Panzerhaubitze M-109 verrostete in den Arsenalen.

Nach anderthalb Jahrzehnten eines erfolgreichen finanziellen und moralischen Partisanenkrieges gegen das Bundesheer hatten die Sozialisten, als sie im Winter 1970 eher mutlos in den Wahlkampf zogen, keine Mühe, zahlreiche Mängel und Fehler in diesem Heer aufzuzeigen. Und sie versprachen, die angeblich im Leerlauf stagnerende Armee zu einem brauchbaren Instrument der Landesverteidigung zu machen, aber nicht etwa durch eine drastische Erhöhung des Budgets, sondern durch eine drastische Verkürzung der Dienstzeit. Vor soviel Demagogie kapitulierten die in Sicherheitsfragen sowieso völlig ratlosen bürgerlichen Parteien, ohne auch nur einen einzigen scharfen Schuss der Polemik abgefeuert oder gar ein reformatorisches Gegenkonzept präsentiert zu haben, und allein der — übrigens aus der Sozialdemokratie hervorgegangene — Bundespräsident Jonas sprach mehrmals Worte der Warnung so unmissverständlich, als dies mit der Funktion des Staatsoberhauptes überhaupt vereinbar ist. Den von seinen einstigen Parteigenossen initiierten Prozess der Entmilitarisierung Österreichs konnte aber auch er nicht mehr abbremsen, die Dinge gehorchten bereits ihrer eigenen Logik:

Auf dem äussersten linken Flügel der SPÖ — und dort in schwer durchschaubaren Kontakten mit Altkommunisten einerseits und Jungkatholiken andererseits — agiert als eine Kreuzung aus Kasperl und Catilina ein gewisser DDR. Nennung, der Ende 1969 ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres startete. In dasselbe prokommunistische Horn stiessen auch die österreichischen Jungsozialisten um die Abgeordneten Blecha und Schieder, und da diese Personen und deren Publikationsorgane in punkto Sicherheitspolitik nur wirres Zeug von sich gaben, durften sie eines gewissen, vielleicht wahlentscheidenden Anhangs sicher sein. Wie Otto Bauer, sein Vorgänger in der Zwischenkriegszeit, versuchte nun SP-Chef Kreisky, diesen totalitär-sozialistischen Flügel bei der sozialdemokratischen Stange zu halten, und zwar genau nach der Regel Bauers: «Hundertmal lieber einen falschen Weg einig gehen, denn Fehler kann man wieder korrigieren, als um des rechten Weges willen uns spalten.» Als bald aber war er, der 1955 das Moskauer Memorandum und den Staatsvertrag mitausgehandelt und mitunterzeichnet hatte, der 1963 in seinem Buch «Die Herausforderung» mit unwiderlegbaren Argumenten für eine starke und eo ipso kostspielige militärische

 Schweizer
Mustermesse
Basel
15.–25. April
1972



Landesverteidigung der neutralen Staaten plädiert hatte und der noch im September 1971, als das Bundesheer als ein brauchbares Instrument der Politik schon nicht mehr existierte, einer deutschen Zeitung wörtlich erklärt hatte: «Ich halte die Bereitschaft, sich zu verteidigen, für eine wesentliche Voraussetzung der Neutralitätspolitik» — als bald also war dieser Kreisky der Gefangene seiner eigenen Taktik, wie er ja immer schon auch der Gefangene seines aus dem Jahre 1934 rührenden Bürgerkriegstraumas gewesen war. Und aus der echten Not eine vermeintliche Tugend machend, forcierte er dann die nolens volens eingeleitete Demolierung des Bundesheeres in der doppelten Hoffnung, damit einerseits den zunehmend radikaleren linken Parteiflügel überrunden und andererseits in den Ruinen der staatlichen Streitmacht eine parteihörige, gewissermassen rosarote Armee etablieren zu können. Anders nämlich ist nicht zu erklären, was Kreisky seit jenem Wahlwinter 1970 getan hat:

Die auf 6 Monate verkürzte Dienstzeit war nur dem nicht technisierten Teil der Armee, also praktisch niemandem, versprochen worden, ist aber nach dem überraschenden Wahlsieg vom 1. März auf das ganze Bundesheer ausgedehnt worden. In der Regierungserklärung war vom Verteidigungsfall schon nicht mehr die Rede, aber um diesen Rückzug zu verschleiern, setzte der Kanzler eine Reformkommission ein, die freilich wegen ihrer quantitativen Monstrosität und qualitativen Disharmonie nur bedingt arbeitsfähig war und deshalb nur ein wunderliches Gemisch von Ideen und Banalitäten, von trefflichen Erkenntnissen und unrealisierbaren Vorschlägen, von halben Wahrheiten und ebenso halben Kompromissen produzierte. Der Verteidigungsminister, General Freihöfer, trat als Hara-kiri-Opfer todkrank in den Ruhestand, und unter dem nur ehrgeizigen General Lütgendorf als Ressortchef brachte die Minderheitsregierung Kreisky dann mit der Heckenschützenhilfe der kleinen Freiheitlichen Partei die Wehrgesetznovelle durch: 6 Monate Grundwehrdienst plus 60 Tage Waffenübungen, wogegen die Volkspartei mit Argumenten stimmte, die gar keine waren. Dabei konnte man sich schon damals, im Sommer 1971, an den fünf Fingern einer Hand abzählen, dass diese Miss-

geburt von Gesetz nicht etwa zur Durchführung, sondern nur als Bluff oder bestenfalls als Alibi gedacht sein konnte:

Österreichs Armee sollte demnach ein Milizheer sein, bestehend aus bodenständigen Landwehrbrigaden, die nach dem — für das militärgeographisch anders gelagerte Österreich natürlich unbrauchbaren — Schweizer Vorbild erst im Mobilmachungsfall zusammentreten. Um diese Mobilmachung zu sichern sowie auch zur sofortigen Bereinigung örtlicher Grenzkonflikte und schliesslich im Kriegsfall als harter Kern der Landwehrarmee soll eine hochtechnisierte Einsatztruppe von 15 000 Mann aus Kaderpersonal und freiwillig Längerdienenden formiert werden.

Dieses schon unter operativen und taktischen Gesichtspunkten völlig weltfremde Konzept kann aber gar nicht verwirklicht werden, und zwar aus folgenden Gründen: Das Bundesheer besitzt noch Waffen und Geräte, die bis in das nächste Jahrzehnt hinein brauchbar sein werden. Aber der Grossteil der Feldartillerie und der Granatwerfer, zwei Drittel der Kampfpanzer, die Flab-Panzer und anderes Grossgerät müssen im Lauf der siebziger Jahre ersetzt und Infanteriewaffen aller Art, insbesondere auch Lenkwaffen, müssen zusätzlich angeschafft werden, um erstens die Einsatztruppe rüstungsmässig auf dem europäischen Standard zu halten und zweitens die Landwehr zeitgemäss, also zumindest mit der jeweils vorletzten Generation der Waffensysteme — ausstatten zu können. Selbst bei vorsichtiger Schätzung der Verteuerung der Rüstungsgüter um jährlich 10 Prozent wird man bis 1980 allein für die erwähnten Beschaffungen mindestens eine Milliarde Schilling pro Jahr benötigen — das ist fast ein Viertel des derzeitigen Heeresbudgets. Dabei ist der Aufbau einer Luftraumverteidigung gar nicht berücksichtigt.

Obwohl also schon für den materiellen Bedarf der Truppe nicht annähernd genug Geld vorhanden ist, sollen die Freiwilligen der Einsatztruppe zu diesem verlängerten Dienst durch eine Besoldung gelockt werden, die weit über der ihrer unmittelbaren Vorgesetzten liegt. Zwar haben sich statt der benötigten 9000 Mann erst gute 500 gemeldet, aber gerade auch wegen dieser finanziellen Diskriminierung verlassen immer mehr Unteroffiziere — bis jetzt rund 1000 — die Armee, die schon bisher nur etwa ein Drittel der optimalen Anzahl von Ausbildern hatte. Da auch der Nachwuchs an Berufs- und Reserveoffizieren schlagartig um etwa 70 bzw. 60 Prozent zurückgegangen ist, werden spätestens ab 1974 praktisch auch keine Führer mehr verfügbar sein, zumal nun auch im Offizierskorps die indirekt provozierte Abwanderung merklich zugenommen hat. Die Einberufung der Landwehrsoldaten zu den im Gesetz verankerten Waffenübungen würde daher auch dann völlig sinnlos sein, wenn man das Geld dafür hätte. Dass aber eben das Geld nicht vorhanden ist und in Zukunft erst recht nicht vorhanden sein wird, hat der Bundeskanzler inzwischen selber öffentlich mitgeteilt, dabei aber wortreich verschwiegen, was ihm seine Kritiker schon 1970 vorgerechnet haben: um wieviel teurer die kürzere Dienstzeit

und das Milizsystem den Staat und damit den Steuerzahler kommen. Und wie um sich selber zu bestätigen, hat Kreisky jetzt das Militärbudget auf den niedrigsten Satz seit Bestehen des Bundesheeres hinuntergedrückt: auf rund 3 1/2 Prozent des Gesamtbudgets von rund 122 Milliarden Schilling, und das ist, auch auf das Bruttonationalprodukt bezogen, kaum ein Drittel des europäischen Durchschnitts.

Kein Geld, keine Waffen, keine Kader, keine Moral: das also ist das Resultat von zwei Jahren sozialistischer Heeresreform. Der DDr. Nenning durfte sein Volksbegehren einschlafen lassen, denn die Abschaffung des Bundesheeres besorgt ihm ja schon die Regierung.

Für Österreich bedeutet die Entmilitarisierung nicht weniger als die Preisgabe der Neutralitätspolitik. Daraus erwächst das Risiko, dass irgendeine Signatarmacht des Staatsvertrages diesen für null und nichtig erklärt, sobald dessen Condition sine qua non nicht mehr existiert, oder dass unter diesem Rechtstitel oder unter Berufung auf die im Osten wie im Westen anerkannten Normen des Völkerrechts Österreich von den Anrainerstaaten etwa so behandelt wird, wie dies in Indochina mit den neutralistischen Staaten geschieht. Und jedenfalls vergrössert das Vakuum die Kriegsgefahr, etwa im Fall einer Ostblock-Invasion in Jugoslawien.

Aber auch die Bundesrepublik ist betroffen, denn NATO Mitte hat nun zwischen Böhmerwald und Watzmann eine offene Flanke von 150 km Luftlinie, zu deren Deckung buchstäblich nichts verfügbar ist, zumal die Aufstellung neuer Bundeswehrverbände schon aus politischen Rücksichten nicht in Betracht kommt. Überdies rückt die Entmilitarisierung Österreichs den Atomkrieg näher, weil Lücken und offene Flanken solchen Ausmasses nicht mehr mit konventionellen Mitteln, sondern nur noch durch den Einsatz taktischer Atomwaffen geschlossen oder gesichert werden können.

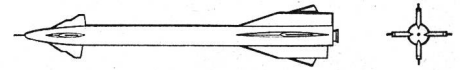
Darüber hinaus droht dem ganzen freien Westen eine noch gar nicht erkannte Gefahr: Die Entmilitarisierung Österreichs ist der erste Sieg der Sowjets im Zug ihrer psychologischen Kriegführung; hier ist ihnen der erste Einbruch in das Gefüge der freien Welt gelungen, der sich ohne weiteres Zutun zum Durchbruch auswachsen muss. Denn wenn nur ein einziger Staat freiwillig abschnallt, werden in allen anderen Staaten des Westens die Wehrdienstgegner auf dieses Beispiel verweisen dürfen. Denn selbstverständlich werden die Russen nicht grundlos in das von Kreisky geschaffene militärische Vakuum stossen. Sie werden im Gegenteil das entmilitarisierte und dennoch freie Österreich, wie nach dem Staatsvertrag das neutralisierte und dadurch befreite Österreich, als ein Modell herumzeigen und damit überall in der freien Welt als einen Köder auslegen, mit der — bei dem allgemeinen Trend zum Neutralismus durchaus berechtigten Erwartung, dass die Kettenreaktion nicht ausbleibe. Schon jetzt, während in Bonn, Bern und Belgrad Besorgnis laut wurde, erhält die Neutralitätspolitik Österreichs in Moskau so gute Zensuren wie nie zuvor.

Aus der Luft gegriffen

Am 5. April 1972 werden zwei Erdkampflugzeuge LTV A-7D Corsair II in Emmen eintreffen. Die beiden Maschinen nehmen an den geplanten Versuchs- und Kontrollflügen der gegenwärtig laufenden Flugzeugevaluation teil. Sie werden unser Land voraussichtlich Ende Mai wieder verlassen.

ka

*



Die Schweiz wird das französische Kurzstrecken-Fliegerabwehr-Lenkstoffsystem Crotale in diesem Frühjahr während zweier Monate einer gründlichen Prüfung unterziehen. Dieses moderne Allwetterlenkwaffensystem besteht aus zwei Fahrzeugen, wovon eines das Überwachungs- und Erfassungsradar, das andere das Verfolgungsradar und vier Lenkwaffenstarter trägt. Das ganze Crotale-System zeichnet sich durch eine hervorragende Reaktionszeit von etwa 6 Sekunden aus, und die praktische Reichweite des Flugkörpers (Zeichnung) liegt bei etwa 9 km. Diese Distanz legt die Rakete in 16 Sekunden Flugdauer zurück. Maximalgeschwindigkeit: Mach 2,3.

ka

*



Sikorsky CH-53 D

Mit der Einführung der Sikorsky-CH-53 G-Helikopter in der Bundeswehr findet eine weitere Reorganisation der deutschen Heeresfliegerverbände statt. Nach dieser Umstrukturierung werden die Heeresflieger wie folgt aufgeteilt sein:

Je Korps:

- 1 Heeresfliegerkommando, bestehend aus:
 - je einem leichten Heeresfliegertransportregiment (Fluggerät: 40 Bell UH-1 D)
 - je einem mittleren Heeresfliegertransportregiment (Fluggerät: 32 Sikorsky CH-53 G)

Je Division:

- 1 leichte Heeresfliegerstaffel (Fluggerät: 10 Alouette II)